



Stv. Wilfried Klein
Fraktionsvorsitzender
E-Mail: Wilfried.Klein@Bonn.de
Internet: www.Wilfried-Klein.de

SPD-Ratsfraktion, Markt 2, D-53111 Bonn

Offener Brief an den
Personalrat der Stadt Bonn

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bonn

Markt 2
D-53111 Bonn
Telefon: 0228/77 20 80
0228/77 38 11
Telefax: 0228/65 82 20

Internet:
www.spd-bonn-im-rat.de

E-Mail:
spd.ratsfraktion@bonn.de

Bonn, 25. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Busch, sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihren Offenen Brief an die Mitglieder des Rates, in dem Sie Ihre ablehnende Haltung zum Vorschlag von CDU und Grünen begründen, mit dem diese Fraktionen weitere Stellen in der Verwaltung streichen und insbesondere durch grundsätzlichen Einstellungstopp und verlängerte Wiederbesetzungssperre die Leistungsfähigkeit der Verwaltung schwächen und die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes mindern wollen.

Wir teilen Ihre Kritik und Ihre Haltung. Wir werden den Vorschlag von CDU und Grünen ablehnen.

Es ist lange Zeit breiter politischer Konsens gewesen, dass im Öffentlichen Dienst Stellen gestrichen und Personal abgebaut werden soll. Damit sollten die Personalkosten begrenzt – idealerweise sogar gesenkt – werden.

Wir beobachten aber in den letzten Jahren Entwicklungen, die uns bewegen, diese Haltung zu überdenken und zu anderen Schlussfolgerungen zu kommen:

- Der Abbau des Personals führt in vielen Teilen der Verwaltung zu einem Anstieg der Sachkosten, weil bestimmte Arbeiten nicht mehr erledigt, bestimmte Untersuchungen nicht mehr durchgeführt, bestimmte Leistungen nicht mehr öffentlich verantwortet erbracht werden können.
- Einher damit geht der grundsätzliche Verlust der Steuerungsfähigkeit. Das öffentliche Interesse wird dadurch zunehmend „privatisiert“. Dies ist nicht zuletzt im Planungsbereich zu beobachten, wo zunehmend Planungen von Investoren entwickelt und vorgelegt werden, die dann von der zunehmend kleiner werdenden Fachverwaltung nur noch schwer zu steuern sind – bei aller Fach- und Sachkompetenz und bei aller Leidenschaft, die dort unverändert vorhanden ist.

Mieterberatung: Jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr im Alten Rathaus



- Dies führt zu Überforderungen und Überlastungen; die hohen Krankenstände in vielen Bereichen der Verwaltung belegen dies eindrucksvoll.

Auf der anderen Seite beobachten wir eine nicht abnehmende, sondern eher zunehmende Anforderung aus Öffentlichkeit – und auch Politik – an Verwaltung und den Öffentlichen Dienst. Hier sind nicht nur die zunehmenden Einflussnahmen auf Verwaltungshandeln zu nennen, die in vielen Verwaltungsbereichen zu steigenden Belastungen führen; zu denken ist auch an Bereiche wie Ordnungsdienst, (Grün-)Pflegeleistungen, Straßenreinigung, aber auch Personal in Kinder- und Jugendeinrichtungen und auch der „klassischen“ Verwaltung: Welcher Bürger wartet gerne auf seinen Reisepass? Welcher Unternehmer möchte auf Beratung bei der Wirtschaftsförderung warten? Und welcher Investor möchte nicht von der Planungsverwaltung schnell und kompetent über Ansiedlungsmöglichkeiten informiert werden?

Diese Beispiele sollen nur zeigen, dass Äußerungen von CDU und Grüne, beim Personal in der Verwaltung sei „noch Luft“ drin, nicht nur Ausdruck geringer Wertschätzung der Leistungen in der Verwaltung ist, sondern auch nicht sachgerecht ist. Was wir stattdessen brauchen ist ein neuer gesellschaftlicher Diskurs – auch in Bonn – der von der Frage ausgeht: Was soll der Öffentliche Dienst für uns leisten? Und welche Ressourcen müssen ihm zur Verfügung gestellt werden? Die Ausgaben, die für das Personal getätigt werden, sind daher aus unserer Sicht nicht nur unter Kostengesichtspunkten zu betrachten, sondern auch als Investitionen. Ein Unternehmen, das seine Mitarbeiter nicht als Kapital für die Zukunft sieht, wird dauerhaft versagen.

Daher begrüßen wir Ihren Aufruf zum Dialog ausdrücklich. Der Rat sollte sich diesem Aufruf anschließen und dem Personalrat insofern auch mehr Beteiligung bei den anstehenden Entscheidungen einräumen. Wer der Bürgerbeteiligung ständig das Wort redet, darf bei der Mitarbeiterbeteiligung in diesem wichtigen Handlungsfeld nicht passen. Außerdem sehen wir den Rat hier auch aufgrund einer Fürsorgepflicht gefordert.

Es wäre schön, wenn wir zeitnah zu Verabredungen kommen würden, wie wir diesen Dialog instrumentell ausstatten, damit es die Chance zu verbindlichen Vereinbarungen gibt.

Gerne nehmen wir bis dahin auch Ihre weiteren Anregungen zur Personalentwicklung auf.

Mit freundlichen Grüßen



(Wilfried Klein)